53. Jahrgang. № 249. Mittwoch, 8. September 1909.

**Bezugsgebühr** vierteljährl. für Dresden bei täglich zweimaliger Zutragung (an Sonn- und Montagen nur einmal) 2,50 Mk., durch auswärtige Kommissionäre 3,50 Mk. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 3 Mk. (ohne Bestellgeld). An den Orten von Dresden u. Umgebung am Tage vorher festgestellten Abend-Ausgaben erhalten die auswärtigen Bezieher mit der Morgen-Ausgabe zusammen zugestellt. Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdn. Nachr.") zulässig. — Unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.

**Anzeigen-Tarif** Annahme von Ankündigungen bis 3 Uhr, Sonntags nur Marienstraße 38 von 11 bis 1/2 1 Uhr. Für einspaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 25 Pf., Familien-Nachrichten aus Dresden 20 Pf., Geschäfts-Anzeigen mit der Zeitvorschrift 30 Pf., die mehrspaltige Zeile a. Textseite 60 Pf. — Zur Nummern nach Sonn- u. Feiertagen die einspaltige Grundzeile 30 Pf., auf Textseite 60 Pf., Familien-Nachrichten aus Dresden die Grundzeile 20 Pf. — Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. — Belegblatt kostet 10 Pf.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher: 11 • 2096 • 3601.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.

**Lobeck & Co.** Hoflieferanten Sr. Maj. d. Königs v. Sachsen. | **Dreiring-Cacao.** Einzelverkauf: Dresden Altmarkt 2.

**Ullrichs Pianinos** sind **vorzüglich,** dabei sehr **preiswürdig.** 1 Pirnaische Strasse 1 (am Pirnaischen Platz).

**Zum Umzug!** Reparaturen, Auffrischungen, Veränderungen, Transporte, Neuanschaffungen — **Ebeling & Croener** Dresden, Bankstrasse II.

**Goerz-Camera-Ausstellung** in meinem Schaufenster. Unterricht und Kataloge gratis. **Carl Plaul,** Königl. u. Prinzl. Hoflf., Wallstr. 25.

**Komplette Betten und Schlafzimmereinrichtungen** in jeder Preislage. **Steiners Paradiesbett!** **Paradiesbettenfabrik M. Steiner & Sohn Akt.-Ges.** Prager Strasse 50, Ecke Sidoniensstrasse. Telephon 3226.

## Für eilige Leser.

Mutmaßliche Witterung: Kühl, vorherrschend wolkig.

Bei der Reichstagsersatzwahl in Schneeberg-Stollberg wurde der Sozialdemokrat Schoepflin gewählt.

In Tetschen fand gestern zur Begrüßung der aus Schandau eingetroffenen Teilnehmer am Alldeutschen Verbandstag ein großer Kommers statt.

Den Gastwirten in Leipzig wurde, angeblich von einer dortigen Großbank, ein Darlehn von 3 Millionen M. zur Ablösung der Brauereidarlehn zur Verfügung gestellt.

In Harburg ist gestern ein Teil der Zündschnurfabrik in die Luft geflogen.

In Köln droht ein Bierpreiskrieg.

In Bayern wurde vorgestern ein leichtes Erdbeben verspürt.

Der Aviatiker Lefèvre stürzte bei einem Aufstieg aus den Lüften und erlag den erlittenen Verletzungen.

Peary beansprucht die Priorität der Nordpolentdeckung für sich. Dr Cooks Bericht wird von Peary und seinen Anhängern für unglaubwürdig erklärt.

## Die Ostmarkenpolitik

ist in den letzten Wochen und Monaten Gegenstand mancher Sorge und Befürchtung gewesen. Der Abgang Bülows, der als preußischer Ministerpräsident mit aller Energie für die Erhaltung des Deutschtums in den Ostmarken eingetreten war; die Sprengung des Blocks zusammen mit der Entfremdung zwischen Liberalen und Konservativen; das zeitweilige Zusammengehen der letzteren in Sachen der Finanzreform mit Ultramontanen und Polen: alles dies machte viele Kreise bedenklich, ob die preußische Polenpolitik in den alten bewährten Gleisen fortgeführt werden würde. Von gewisser Seite wurde sogar die Behauptung lanciert, daß ein völliger Umschwung bevorstände und der Kaiser selbst dabei die Initiative ergreifen werde: also eine Neuauflage der Caprivischen Versöhnungspolitik. Motiviert wurden diese Gerüchte mit dem Hinweis auf die „loyale" Haltung der polnischen Fraktion bei der Entscheidung über die Reichsfinanzreform. Gewiß, die Polen sind überraschenderweise im Reichstage für das große Werk zusammen mit den Konservativen und dem Zentrum eingetreten; sie haben dafür harte Vorwürfe im eigenen Lager hören müssen. Aber es wäre eine unverzeihliche Naivität, zu glauben, daß die polnische Fraktion dabei aus patriotischem Pflichtgefühl gehandelt hätte. Davon kann ebensowenig wie im Jahre 1893 die Rede sein, als die Polen unter Koscielskis Führung für die Militär- und Marinevorlage eingetreten sind, was Herrn von Koscielski, dem einstigen Freunde des Kaisers, den Beinamen Admiralski eintrug. Wie damals, sind auch bei der Finanzreform lediglich taktisch-egoistische Gründe für die Stellungnahme der Polenfraktion bestimmend gewesen. Man will damit die öffentliche Meinung in Deutschland für sich gewinnen, dem Zentrum willkommene Gelegenheit bieten, die polnischen Schützlinge als loyale Staatsbürger zu preisen, und die preußische Staatsregierung mit ihrem bisherigen energischen Vorgehen gegen die Polen gewissermaßen ins Unrecht setzen. Kein Kenner des polnischen Volkscharakters und der großpolnischen Propaganda wird sich aber dadurch in seinem Urteil beirren lassen; eine Schwalbe macht noch keinen Sommer; wir müssen schon andere Garantien für die sogenannte „Loyalität" der Polen fordern, denn ihre deutschfeindliche Agitation dauert ja noch überall fort. Man denke nur an die polnische Presse, die Tag für Tag den Massen den Gedanken suggeriert, daß sie in einem „fremden" Staate leben und geknechtet werden, und daß der Tag der „Erlösung" vom preußisch-deutschen Joch doch einmal kommen werde. Man denke weiter an die polnische Geistlichkeit, die ihren Einfluß auf der Kanzel, im Beichtstuhl und auch sonst bei allen Gelegenheiten benutzt, um das Volk gegen die deutschen Mitbürger aufzuhetzen und den Geist der Unbotmäßigkeit gegen die staatliche Obrigkeit schon unter der Jugend zu fördern, wie das noch jüngst beim Posener Schulstreik offenbar wurde.

Solange in dieser Weise auf polnischer Seite agitiert wird, kann und darf es keine „Versöhnungspolitik" auf deutscher Seite geben. Im Gegenteil, die Zügel müssen noch straffer angezogen werden, die Abwehrmaßregeln gegen die Aggressive des Polentums sind noch schärfer zu fassen und die Stärkung des Deutschtums in der Ostmark ist noch intensiver zu fördern. Wie die Ansiedlungspolitik auf dem Lande, die ausgezeichnete Fortschritte macht, bedarf auch die kulturelle Hebung der ostmärkischen Städte systematischer Hilfe seitens der preußischen Staatsregierung. Um so mehr, als sich in den Städten ein Rückgang des Deutschtums bemerkbar gemacht hat! Wenn auch die Finanzlage des preußischen Staates durch die hohen Aufwendungen für die Aufbesserung der Beamtenbesoldungen in einige Bedrängnis geraten ist, so hieße es doch an falscher Stelle sparen, wollte man bei den dringend notwendigen Ausgaben für die Ostmark knausern. Erfreulicherweise sind alle Befürchtungen im Schwinden begriffen, die man bezüglich der Fortführung der bisherigen Polenpolitik etwa haben konnte. Die preußischen Konservativen haben ausdrücklich erklärt, daß ihre Haltung unverändert sein werde, weil sie sich durch das zufällige Zusammengehen mit Ultramontanen und Polen bei der Reichsfinanzreform weder den einen, noch den anderen irgendwie verpflichtet fühlten. Der neue Reichskanzler, Herr von Bethmann Hollweg, hat in zwei bemerkenswerten Aeußerungen bekundet, daß er die preußische Polenpolitik im alten Gleise, im Sinne Bismarcks, fortzuführen gedenkt. Gelegentlich des Deutschen Tages in Kattowitz, der, wie an anderer Stelle des Blattes bereits gemeldet, vom Deutschen Ostmarkenverein veranstaltet wurde und einen glänzenden Verlauf nahm, antwortete der Kanzler auf ein an ihn gerichtetes Begrüßungstelegramm: „Das Deutschtum unserer Ostmarken wird seinen Kampf um die Erhaltung und Festigung seiner Stellung mit Ehren nur bestehen können, wenn nationales Pflichtgefühl ihm unter Ueberwindung aller parteipolitischen und konfessionellen Sonderbestrebungen zur Einigkeit verhilft. Die auf dieses Ziel gerichtete Arbeit des Vereins kann meiner Förderung immer gewiß sein." Und in gleichem Geiste war das Antworttelegramm des Kaisers gehalten, das vielleicht noch eine Nuance wärmer klingt und am Schluß „Gottes Schutz und Segen" für die „bedeutungsvolle Arbeit" des Ostmarkenvereins erbittet. Danach kann kein Zweifel mehr sein, daß der Polenkurs in Preußen trotz Kanzlerwechsel, trotz Sprengung des Blocks und trotz des Eintretens der Polenfraktion für die Finanzreform der alte bleiben wird.

Auf dem Deutschen Tage in Katowitz kam die Freude und Genugtuung darüber mit aller Kraft zum Ausdruck. Für den Fortschritt der deutschen Sache wäre allerdings nichts verhängnisvoller gewesen, als ein nochmaliger Kurswechsel in der Ostmarkenpolitik. Allein die Polen hätten dabei die Geschäfte gemacht; die Deutschen wären bald wieder aus einer Position nach der anderen verdrängt und um Jahre zurückgeworfen worden. Mit dem Ostmarkenverein dürfen und werden alle deutschfühlenden Männer sich der anfeuernden Worte des Kaisers und Kanzlers freuen. Nicht nur ein Kurswechsel, schon ein Stillstand im Kampfe für das Deutschtum hätte traurige Folgen gehabt. Davon kann nun nicht mehr die Rede sein, es wird vielmehr fortgearbeitet werden, bis das Ziel erreicht ist. Schmiede das Eisen, solange es warm ist! An dieses gute alte Sprichwort haben sich augenscheinlich auch die Teilnehmer am Deutschen Tage in Kattowitz erinnert, als sie zwei Resolutionen faßten, deren Forderungen an die preußische Staatsregierung in der Tat als dringlich und im Staatsinteresse notwendig bezeichnet werden müssen. Die eine Entschließung bezieht sich auf die ostmärkische Bodenpolitik und verlangt von der Regierung die Einbringung eines Gesetzentwurfes, wonach die Aufteilung von Landflächen der Aufsicht und Genehmigung der staatlichen Behörden unterworfen wird, während die andere Maßnahmen gegen die polnische Presse in folgender Weise fordert: „Der Hauptvorstand des Ostmarkenvereins wolle bei dem Reichskanzler dahin vorstellig werden, daß gegen das hochverräterische Treiben der polnischen Presse, die durch Vertretung des großpolnischen Gedankens und durch ihre deutschfeindliche Hetze nicht bloß den Frieden unter der Bevölkerung in den Ostmarken stört, sondern auch die Lebensinteressen des Staates gefährdet, unverzügliche Maßnahmen ergriffen werden." Spricht diese Resolution für sich selbst, so bedarf es bezüglich der ersteren wohl einer kurzen Erläuterung. Die Aufteilung (Parzellierung) des Grund und Bodens in der preußischen Ostmark ist ebenso wie der Verkauf desselben durch gesetzliche Maßnahmen beschränkt worden, um dem polnischen Bodenerwerb einen wirksamen Damm entgegenzusetzen und den deutschen Grundbesitz zu schützen. Es ist jedoch den Polen gelungen, mit Umgehung der gesetzlichen Bestimmungen sich fortgesetzt im großen Umfange weitere Landflächen, insbesondere durch Aufteilung und Veräußerung an die Anlieger, zu sichern und damit die Arbeit der Königl. Ansiedlungskommission in Posen erheblich zu beeinträchtigen. Daß diesem Treiben ein Riegel vorgeschoben werden muß, ist ebenso selbstverständlich, wie ein energisches Vorgehen gegen die polnische Hetzpresse. Mit Glacéhandschuhen kommt man, wie die Erfahrung gezeigt hat, den Polen gegenüber nicht weit, und deshalb ist zu hoffen, daß die beiden Resolutionen des Ostmarkenvereins bei der preußischen Regierung auf fruchtbaren Boden fallen werden.

## Neueste Drahtmeldungen

vom 7. September.

**Die Kaiserparade bei Stuttgart.**

Stuttgart. Bei der Kaiserparade auf dem Wasen kommandierte die 26. Division in Vertretung Generalmajor Freiherr v. Soden, die 27. Division Generalleutnant von Kunowski, das zweite Treffen Generalmajor Kosch. Der Kaiser trug die Uniform seines 120. Infanterie-Regiments mit den Abzeichen eines Generalfeldmarschalls. Der König von Württemberg trug die Generalsuniform. Die Kaiserin und die Königin erschienen im vierspännigen Wagen auf dem Paradefelde. Nach dem Abschreiten der Fronten erfolgten zwei Vorbeimärsche. Hierbei ritt der König an der Spitze seiner württembergischen Truppen. Die anwesenden fürstlichen Gäste führten ihre Regimenter, während die à la suite stehenden mit ihren Regimentern vorbeimarschierten. Mit dem Grenadier-Regiment „Königin Olga" Nr. 119 ging Generaloberst v. Lindequist vorbei, mit dem Infanterie-Regiment Nr. 125 Prinz Eitel Friedrich von Preußen, den der König à la suite dieses Regiments gestellt hatte. Der Prinz trug die Uniform des Regiments. Das Infanterie-Regiment Nr. 121 führte sein Chef der König von Sachsen, hinter dem Prinz Johann Georg von Sachsen ritt. Das Füsilier-Regiment Nr. 122, dessen Chef der Kaiser von Oesterreich ist, wurde vom Erzherzog Friedrich geführt. Nach Beendigung der Parade kehrten die Majestäten kurz vor 1 Uhr mit dem königlichen Hofzuge zurück und begaben sich zunächst ins Residenzschloß und von da in das kronprinzliche Palais zur Frühstückstafel.

Stuttgart. (Priv.-Tel.) Bei der heutigen Parade führte der Kaiser dem König sein Kaiser-Regiment und der König dem Kaiser mehrere Regimenter vor. Der König von Sachsen führte das Regiment Alt-Württemberg, Prinz Ludwig von Bayern sein Feldartillerie-Regiment vor. Der Kaiser soll sich hochbefriedigt über die Leistungen der Truppen ausgesprochen haben. Etwa 50 000 Zuschauer bereiteten den Fürstlichkeiten, sowie auch Graf Zeppelin, der stets an der Spitze eines Kavallerie-Regiments ritt, stürmische Ovationen.

Stuttgart. Der Kaiser verlieh dem Herzog Wilhelm von Urach, à la suite des Dragoner-Regiments „Königin Olga", den Schwarzen Adlerorden, dem Fürsten Karl von Urach das Großkreuz des Roten Adlerordens. Der Kaiser verlieh ferner an die Offiziere seines Dragoner-Regiments eine Anzahl Ordensauszeichnungen, ferner dem Kriegsminister von Marchthaler das Großkreuz des Roten Adlerordens, dem Kommandanten von Stuttgart Generalleutnant v. Scharpff den Kronenorden 2. Klasse mit Stern, dem Militärbevollmächtigten in Berlin Oberst v. Docher die Brillanten zum Kronenorden 2. Klasse.

**38. Deutscher Apothekertag.**

Berlin. (Priv.-Tel.) Die 38. Hauptversammlung des Deutschen Apothekervereins ist heute früh hier eröffnet worden. Anwesend waren Vertreter des Kultusministeriums, der Universitäten, des Berliner Polizeipräsidiums, der städtischen Körperschaften und verschiedener Berufsvereine. Die Universitätsprofessoren Dr. Adolf Meyer-Marburg und Thomas vom pharmazeutischen Institut Berlin wurden zu Ehrenmitgliedern des Vereins Deutscher Apotheker ernannt. Hinsichtlich der Regelung des Apothekerwesens wurden folgende Resolutionen angenommen: „Der Deutsche Apothekerverein hält im Hinblick auf die Notwendigkeit, dem Apothekergewerbe eine ruhige Entwicklung zu gewährleisten, die möglichst baldige Regelung des Apothekerwesens im Sinne des Beschlusses seiner Eisenacher Hauptversammlung für dringend erforderlich." — „Der Deutsche Apothekerverein erklärt sich mit der im Entwurf einer Reichsversicherungsordnung vorgesehenen Einbeziehung der Angestellten im Apothekerberuf in die Krankenversicherung und die Invalidenversicherung, sowie auch mit der Ausdehnung der Unfallversicherungspflicht auf den Apothekenbetrieb einverstanden. Er begrüßt die dem Entwurf zugrunde liegende Anerkennung der Notwendigkeit eines erhöhten Schutzes der Apotheken gegen Vergewaltigungen durch die Krankenkassen mit Genugtuung, hält aber seine Forderung aufrecht, daß a) alle ärztlicherseits für Krankenkassenmitglieder verordneten Arzneimittel ausschließlich aus Apotheken bezogen werden müssen, b) die Verabfolgung von Arzneimitteln an die Kassenmitglieder durch die Kassenvorstände oder Kassenangestellte zu untersagen ist. Sollte die Aufnahme der letzteren Bestimmung in die Reichsversicherungsordnung nicht angängig sein, so ist durch entsprechende Abänderung der kaiserlichen Verordnung über den Verkehr mit Arzneimitteln Vorsorge in dieser Richtung zu treffen."

Berlin. (Priv.-Tel.) Der Deutsche Apothekertag erörterte die Frage über die Vor- und Ausbildung der Apotheker. Ein Antrag Linke-Berlin, sowie ein dem Sinne nach gleichlautender, aber näher begründeter Antrag des Kreises Oberschlesien verlangt als Vorbedingung das Reifezeugnis eines Gymnasiums, Realgym-